den der Eberfalzungsgarde die letzte Konsequenz gegen — die Konstituierung zur eigenen Partei! Schon in den Tagen des Kapp-Putsches Leite die Opposition, die sich nun zur KAPD. zusammenschloß, ihr historisches Examen bestanden, während die alte Organisation in den Sumpf der Ebert-Noske-Periode zurückfiel. In derselben Zeit, als eine eiende Parteibürokratie, eine Clique von Machtgegernführern, unter Mißbrauch der Namen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Verrat an der Arbeiterschaft durch Loyalitäts- und Unreifeerklärungen bereitete, hoben 30 000 Proletarier Deutschlands die in den Kot gezogene Fahne der Märtyrer des Kommunismus auf. Der Gründungsparteitag der KAPD. wurde zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung! Der elementare Satz Rosa Luxemburgs: „Die Führer der Arbeiterbewegung haben die Aufgabe, sich überflüssig zu machen", und die Worte Karl Liebknechts: „Der Radauvergnügen im Massen muß durch die Form einer Organisation gebrochen werden, die den Massen die Leitung ihrer Geschicke in die Hand gibt, selbst auf die Gefahr der augenblicklichen Zertrümmerung aller Organisationen hin", sie waren die Angeln, in denen die neue Organisation sich drehen sollte. Der Programmsatz der KAPD.: „Die Selbstbewußtseinsentwicklung ist das Problem der deutschen Revolution", wurde daher auch das Bestimmende für die Taktik sowie den Aufbau der Organisation. Die Frage des Parlamentarismus und der Gewerkschaften wurde leicht gelöst durch die geschichtliche Rolle beider Institutionen. Das Wesen derselben, das eine dumpfe, stupide, denkunfähige Masse und eine Anzahl von Führern bedingt, die bürgerlich-intellektuell denkend, diese Massen beherrschen, steht im Widerspruch zum revolutionären Marxismus, sowie den Erfahrungen von den Augusttagen 1914 bis zu den Tagen des April 1920. Es galt, auch auf die Gefahr hin, von den „Erzpädisten des „wahren Marxismus" als Wirrköpfe, Syndikalisten usw. beschimpft zu werden, das Wesen der proletarischen Revolution organisch auszudrücken. Es wurde auf diesem Parteitag der Versuch unter fünfzigjährigen „sozialdemokratischen" Denken gesetzt. Das parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeiten wurde negiert. Es blieb aber nicht bei der Negation aller Institutionen; der Negation des Alten wurde die Erziehung zu neuen Formen hinzugefügt! Räte und proletarische Diktatur sind die Ausdrucksformen des proletarischen Staates. Die neue Partei, sie bediente sich in ihrem Aufbau bereits der Ideen proletarischen Werdens. Und so wurde sie vom Geist, zum Mittel zum Zweck. Zum Mittel, durch das gegebene Beispiel die Massen zum Gebrauch der neuen Institutionen, zur Entfaltung der eigenen Initiative, zu erziehen. Auch in der Gewerkschaftsfrage wurde, durch die Propagande für die Betriebsorganisation, die Negation zu einer positiven. Als Parteibefehl und Propagandafolge hat das Rätesystem, für die proletarische Diktatur, für die soziale Revolution; und hier das Schaffen nicht nur einer Kampfwaffe, die, das Proletariat in den Betrieben zusammenfassend, zu dem illusionsfreien Kampf gegen das Kapital und aller mit ihm gegebenen Stützen desselben führt, sondern auch das Grundsteinlegen für den organischen Aufbau der neuen, klassenlosen Gesellschaft. Während von allen Arbeiterorganisationen immer, wie bei ihrem parlamentarisch-gewerkschaftlichen Denken auch nicht anders möglich, nur das Tägliche in Betracht gezogen wurde für ihr „Handeln", so wurde jetzt zum Gesinnungs der Avantgarde des Proletariats das Handeln im Interesse der großen historischen Aufgabe des Weltproletariats. Knapp waren die Anfänge zur Bewältigung der großen Aufgabe, denn die die Revolution das Proletariat stellt, geleitet, als auch innerhalb dieses neuen Gefüges proletarischer Befreiungskampfmittel es zu Auseinandersetzungen zwischen revolutionären, internationalem Marxismus und kleinbürgerlichem Nationalsozialismus kam. Die Stürme dieses Kampfes erschütterten die junge Partei. Jede in ihrem Aufbau unproletarische Organisation, darunter sind auch KPD., USP. und KAP. zu verstehen, wäre dieser Kinderkrankheit erlegen. Vor der Naren Einstellung der Massen auf internationalen KAPD.-Geist mußten die Kunstgebäude Moskauer Bundes, ohne der Sache größere Gefährdung bringen zu können, den Weg in den Orkus wandern. Dann kamen die Tage des August 1920. Die russischen Genossen pochten, und rüttelten an den deutschen Grenzpfählen. Von Simons, dem politischen Direktor Stinnes', bis zu den Sozialdemokraten klang das Lied von der Neutralität. Nur die KAP. bewies, daß sie trotz des sechen besonderen Klärungsprozesses den Blick für die große Aufgabe nicht verloren hatte. Aktiver Kampf für Sowjet-Rußland, durch Ausnutzung der und so günstigen Situation, war ihre Parole, Agents Provokateure!, Spitzel, die Antwort der übrigen „Revolutionäre". Die Partei war zu einflußlos, um ihren historisch berechtigten Kampfparolen Geltung zu verschaffen. Etwas war aber der Erfolg, die Demoralisierung der Kapitulationäre vom Schlage der USP. und Spartakus. Nun erkannte auch die Bourgeoisie in uns ihre gefährlichsten Feinde. Durch Mord und weiße Justiz versuchte sie uns zu schädigen. Wir können ihr spotten. Die Ermordung der Brüder Dil, des Genossen Hoffmann, der Weißenfeser „R. O."-Prozeß und die unzähligen Verhaftungen, sie stählten nur die Ueberzeugung, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Viel gefährlicher war der Kampf mit Moskau, den die Spartakusleute in Rußland und der, den Otto Rühle nach seiner Rückkehr von Rußland gegen unsere Ideenwelt führten. Die wurden heute geistigen durch die Einstellung auf keine institutionäre-revolutionäre, sondern bewußt kommunistische

Eine Flugschrift gegen den Wahlschwindel.

Die Genossen der KAPD. müssen, wo der Wirtschaftskampf ihnen dazu Zeit läßt, eingreifen in den sogen. Wahl„kampf". Sie müssen ihn propagandistisch ausnützen, um die Proletarier aller Parteien aufzuklären über den konterrevolutionären Charakter des Parlamentarismus und alles parlamentarischen Parteiwesens. Dazu kann ihnen eine Flugschrift gute Dienste leisten, die unter dem Titel „Wahlkampf oder Klassenkampf" von der KAPD. Groß-Berlin herausgegeben wurde.

Bestellungen an den Verlag.

unternommene politik. Lotz Kugle ein und zum Gesamtfassen der Organisation ein zum Ortsgruppen heraus, um so seinem egoistischen Führerdünkel unterzuordnen. Die Lücher fühlen sich schon wieder aus. Und Spartakus — —? Mitten in seinen Flitterwochen kam die schallende Ohrfeige von Moskau, die offene Desavouierung der Göttergemeinschaft, unsere Aufnahme als sympathisierende Partei in die 3. Internationale. Wodurch aber haben wir die inneren Kämpfe unserer Partei und den Kampf um unsere Aufnahme in die 3. Internationale so schnell und siegreich führen können? Nur, weil wir uns zum Leitmotiv setzten: „Klarheit in Weg und Ziel". Durch unsere Aufnahme in die 3. Internationale übernahmen wir die Aufgabe, im Interesse des Proletariats der Welt zu beweisen, daß unser Wesen, das Wesen der proletarischen Revolution in Westeuropa ist. Die Massen zu führen, die nächsten Wege zum erfolgreichen Fortschreiten des KAP.-Geistes zu weisen, eventuelle Unklarheiten in taktischen Fragen zu beseitigen, das ist die Aufgabe des kommenden Parteitages. Die nunmehrige Aufgabe ist die Schaffung einer internationalen Opposition zum Sturze der 21 Bedingungen, des Dammtisses für die Entwicklung einer selbständig denkenden und handelnden Masse, als Grundlage für die Entwicklung solcher Sympathieen vom Schlage der KAPD.

Zum Parteitag.

Antrag des Wirtschaftsbezirks Bremen zum Parteitag.

Der Parteitag möge beschließen: Die Zugehörigkeit zur AAU. ist für die Mitglieder der KAP. obligatorisch. Ausgeschlossen hiervon sind weibliche Mitglieder, welche nicht im Produktionsprozeß stehen.

Die Unterstützungskommission des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin beantragte: Der Parteitag möge beschließen, eine Kommission zu wählen, welche den Auftrag erhält, Richtlinien auszuarbeiten, die die Möglichkeit bieten, eine Reichsunterstützungskommission ins Leben zu rufen.

Diese Reichsunterstützungskommission hat die Aufgabe, allen KAP.-Genossen, die wegen politischer Handlungen verhaftet sind, verfolgt werden, Rechtsschutz sowie ihren Angehörigen Unterstützung zu gewähren.

Zwickau. Die Generalversammlung des Unterbezirks Zwickau hat zwei Beschlüsse angenommen, die als Anträge zum Parteitag gedacht sind. Wir veröffentlichen diese Beschlüsse, obwohl Unterbezirke nach dem Organisationsstatut der Partei nicht berechtigt sind, selbständig Anträge zum Parteitag zu stellen. Sie lauten:

Die Generalversammlung verlangt eine Revidierung betreffs des Zugehörigkeitsgesetzes, welches die letzten zwei Delegierten in Rußland gemacht haben, wegen der Aufnahme der KAPD. als sympathisierende Organisation der 3. Internationale. Wir verurteilen aufs schärfste, daß alle Beschlüsse der Exekutive der 3. Internationale in unserer Presse veröffentlicht werden müssen, denn es kann nicht angehen, Negationsbeschlüsse, welche unsere Partei schädigen, in unserer Presse zu veröffentlichen. Wir lehnen den Selbstmordbeschluß von Moskau ab, sind aber gewillt, Kampf- oder Aktionsaufrufe in unseren Zeitungen zu veröffentlichen.

Der Parteitag verurteilt die Art des Anschlusses an die 3. Internationale, er hält nach wie vor fest an dem Aufbau der Partei, wie er im Programm festgelegt ist und erachtet es endlich an der Zeit, die letzten Merkmale einer Partei abzustreifen und das Endziel, in der Union aufzugehen, in den Vordergrund der Organisationsarbeit zu setzen.

Dazu ist zu bemerken, daß die Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirks Weißenfels, zu dem Zwickau gehört, erst vor kurzem eine Resolution angenommen hat, in der sie den Anschluß der KAPD. an die 3. Internationale als sympathisierende Partei begrüßt und die Nüllschen Tendenzen der Parteiverneinung ablehnt.

Die KAPD. im Mansfelder-Gebirgs- und Seekreis.

Das Mansfelder Land ist eines jener Eisenen Deutschlands, in dem der Gedanke der proletarischen Organisation erst relativ spät Wurzel geschlagen hat. Knappschafts- und Treudeutsche Vereinigungen gediehen. Verringelt und verstreut nur kämpfen Pioniere der modernen Arbeiterbewegung. Gewalt und ihrer Macht verkannend, verstanden Kapital, Kirche, Staat ein anscheinend unüberwindliches Bollwerk gegen die „rote Flut" zu schaffen. — Nur einmal schien es, als sollte es anders werden, nämlich, als im Jahre 1909 ein Bergarbeiterstreik eine sieberhafte Steigerung der Mitgliedszahlen freigewerkschaftlicher Organisationen, insbesondere des Bergarbeiter-Verbandes, im Gefolge hatte. Doch der Schein trog. Der Streik, resultatlos beendet, brachte ein ebenso schnelles Fallen der Mitgliedsziffern, und noch wie vor beherrschten die treubrüchigen Vereinigungen das Feld. Neue Ausdeutungsmöglichkeiten, vom Unternehmertum ausgeschafft, wurden gegriffen als Waffenen, als Knappschaftseinrichtungen, wie der Bau einer elektrischen Kleinbahn seitens der Mansfeldschen Gewerkschaft. Wohl an den heutigen Gütten in Deutschland war selbst bis kurz vor dem Kriege die Herrschaft des Unternehmertums eine so absolute, wie im Mansfeldischen.

Das große „Eisenkloß", Krieg genannt, brachte auch hier eine Wandlung. Heute kann bereits in einem Teile größerer Orte im Mansfelder Kreis zum Teil eine KPD- und KAPD.-Mehrheit (wie z. B. Bangerdunsen) verzeichnet werden.

Auch die AAU. und KAP. hat seit Juli gefaßt im Mansfelder Lande. In den verschiedenen Orten (z. B. Leitfeld, Eisleben usw.), von den Genossen der KAPD. propagiert und mit aufgebaut, schreiten beide Organisationen in harmonischer Einheit voran.

Erfreulicherweise beginnen immer weitere Kreise auch der Mansfelder Bergarbeiter zu erkennen, daß KAP. und AAU. als proletarisch-proletarische Klassenkampfinstrumente nicht Interessen von Intellektuellen, sondern die unterdrückten Interessen des Proletariats zu vertreten.

Versammlungen, die in den letzten Tagen in Hettstedt, Eisleben, Klofter-Mansfeld, Groß-Oberhausen, Eisleben usw. von der KAPD. u. A. gemeinsam mit der AAU. veranstaltet, erfreuten sich durchweg sehr regen Besuches. Gleichzeitige Mitgliederversammlungen der VKPD. hatten einen nur geringen Besuch aufzuweisen.

Den Ausführungen des Genossen Z.-Berlin wurde allerseits Zustimmung. Viele traten sofort der KAP. und AAU. bei. — Allen gegen Partei wie Union immer wieder vorgebrachten Verleumdungen die Spitze abzubrechen, fand am Sonntag, den 30. Januar in Helbra eine öffentliche Versammlung statt, die einer Generalabrechnung mit allen Widersachern dienen sollte. Gegner und Gewerkschaftsführer aller, wurden besonders eingeladen, um ihre Anschuldigungen in aller Oeffentlichkeit dazu Beweise zu führen. — Aus Kalt und Herz, aus dem ganzen Mansfelder See- und Gebirgskreis strömten die Berg- und Landarbeiter zusammen. Interessiert wurde dem geistreichen Vortrag des Genossen Z. gefolgt und brausender Beifall zeugte dem Einverständnis der Kopf an Kopf gedrängten Zuhörer. Kein Gegner wagte das Wort zu nehmen.

Im Bezirk Aschersleben (im Bezirk der Freien Arbeiter-Union) traten etwa 14 Ortsgruppen geschlossen zur AAU. über. — Ist noch so hart der Boden — eindringt der Pflug, und Sämerkorn um Sämerkorn geht auf.

Wirtschaftsbezirk Mittelbeutschland. (Resolution der Bezirkskonferenz in Bitterfeld vom 23. Januar 1921.) Der Wirtschaftsbezirk Mittelbeutschland begrüßt die Aufnahme der KPD. in die 3. Internationale, da hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, unsere Prinzipien und Grundsätze besser von hinter über die deutschen Grenzen zu tragen, und in der Lage sind, in besserer Weise auf internationaler Basis, den Opportunismus in der 3. Internationale zu bekämpfen. Sollte die 3. Internationale von der KPD. irgendwelche Forderungen stellen, die im Widerspruch mit unserem Programm oder unserer Taktik stehen, so sind dieselben selbstverständlich abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder ausgeschlossen zu werden.

Mitteilungen

Proletarisches Theater.

Die Veranstaltung am 6. im Boigt-Theater muß wegen Krankheit des Hauptdarstellers auf den 13., 2½ Uhr, Boigt-Theater, Dabstraße 59, verlegt werden.

Quittung.

Spenden. Bei Orenstein & Koppel, Reparaturwerkstätten, Spandau, spendeten mehrere Kollegen zur besonderen Unterstützung für einige durch revolutionäres Verhalten in Not geratene Arbeiter insgesamt 355 Mark.

Am Sonntag, den 6. Februar 1921, vormittags 9½ Uhr, im Lokal Berlin, Fürstenstraße 30:

Sitzung der Zeitungs-Obleute.

Die der Großbetriebe sind besonders eingeladen.

Achtung! Die Sammellisten von der Unterstützungskommission bis zur Nummer 1350 verlieren mit dem 28. Februar ihre Gültigkeit und müssen sofort zurückgegeben werden.
Der Geschäftsführende Ausschuß der U.-K. der KAPD. und AAU.

2. Bezirk (Ausschuß) der Genosse Max Hoch, Arndtstraße 18, ist aus der Partei ausgeschlossen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin
Druck und Verlag der K. A. P. D., Berlin

Kommunistische Arbeiter-Jugend

Sonntag, den 6. Februar 1921:

Agitationsfahrt nach Nauen-Brehna

Anschließend

Oeffentliche Versammlung in Bredow

Treffpunkt pünktlich 9 Uhr vormittag Potsdamer Fernbahnhof. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Agitationsmaterial mitbringen.

Komm. Arb.-Jug. Charlottenburg

Genossen, lest und verbreitet

den „Proletarier"

Der Inhalt dieses Blattes für revolutionäre Theorie ist leichtfaßlich und aktuell

Nr. 3 soeben erschienen!

Aus dem Inhalt:
Deklaration nach Moskau. — Die unbekannte Partei. Partei- und

Nr. 100.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Redaktion u. Expedition: Berlin N. 37, Jahnbellinerstr. 37
Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr nachmittags

Bayern.

Das Bayern Escherichs und Kahrs beginnt mehr und mehr der eigentlich aktive und führende Teil der Gesamtpolitik der deutschen Bourgeoisie zu werden. Am 5. Febr. tagte die Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder. Dazu wurde dem „8-Uhr-Abendblatt" mitgeteilt:

Die Konferenz der Landesministerpräsidenten soll, wenn irgend möglich, noch heute zu Ende geführt werden und zu abschließenden Ergebnissen kommen. Gegenüber optimistischen Auffassungen der letzten Tage hat es den Anschein, als seien Bayern erneut stärkeren Widerstand gegenüber den Entwaffnungsfragen. In diesem Falle würde die Frage eines Wechsels der bayerischen Regierung in ein neues Stadium treten.

Ferner war im „Bayerischen Kurier" am 5. d. M. eine scharfe Warnung an die Reichsregierung zu lesen, daß sie sich ja nicht unterstehen möge, in der Entwaffnungsfrage, wenigstens soweit Bayern in Frage kommt, irgendwie auf den Boden von Verhandlungen zu treten. Die „Frankfurter Zeitung" wußte dazu zu berichten, daß in der Bayerischen Volkspartei, die die offizielle bayerische Regierungspartei ist, binnen 24 Stunden, vom 4. auf den 5. d. M., ein völliger Stimmungsumschwung eingetreten sei. Während noch die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien vom 3. d. M. abgegeben und in Bayern der Bayerischen Volkspartei, eine Stimmung der schärfsten Stinnes Regierung gewesen sei, sei jetzt die Strömung im Vordertreffen, die von der Regierung eine schärfere Haltung gegen die Entente fordern.

Wenn demgegenüber das „8-Uhr-Abendblatt", offenbar von preußisch-sozialdemokratischer Seite beeinflußt, von einem bayerischen Regierungswechsel sabelt, so lacht ja sogar der blutige Kaiser. Sollten sich Konflikte zwischen der bayerischen Sicherheitsregierung und der Reichsregierung herausstellen, so wird die Sicherheitsregierung wohl nicht diejenige sein, die weichen muß.

Nur eine Möglichkeit ist noch denkbar, die die bayerischen offiziellen Stellen veranlassen könnte, sich der Berliner Meinung tatsächlich zu unterwerfen: ein deutlicher Wink von Stinnes. Wohl ist, daß Stinnes seine Abmachungen mit den französischen Kapitalisten soweit unter Dach gebracht hat, daß ihm der erzwingbarste Widerstand von bayerischer Seite, über das Maß einer erzwinkbaren Pression hinaus, als unangenehm erscheinen würde. In diesem Falle müßte er versuchen, die soll gewordenen bayerischen Helden zurückzupfeifen.

Möglich ist, ob er das tun wird —, fraglich aber auch, ob es ihm auf jeden Fall gelingen würde. Denn zwei sehr interessante Meldungen der letzten Tage lassen in das bayerische Verbummungsstreben Einblicke tun, aus denen man überhaupt erst ein deutliches Bild von der Machtposition gewinnt, die die Konterrevolution sich dort hat aufbauen können.

Am Sonntag, den 6. d. M., nationale Demonstration. Meldung des „Lokal-Anzeigers":

München, 6. Februar. Vor der Feldherrnhalle hatte sich am Sonntag mittag bei der Parademusik eine gewaltige Menschenmenge, wohl 20 000 Personen, aus allen Bevölkerungskreisen versammelt. An den Riesenfahnenmasten auf den Platz wurden Trauerfahnen aufgezogen. Oberstleutnant Pohl von Plauder, der Mitglied der Herrenfriedensdelegation in Versailles war und das deutsche Mitglied der Gemischtregierungskommission im Saargebiet, verlieren durch die Franzosen, hielt mit weitzin schallender Stimme eine Ansprache, in der er zur geschlossenen nationalen Einigkeit gegen das Pariser Diktat aufrief. Die Rede gipfelte in den Worten: Es gibt eine reine Kriegsschuld! Zur Verfassung mit Feldmarschall rief er: „Wenn sie kommen, dann werden sie das Volk Fäuste sehen." Wie ein Mann erhoben die Menge: „O, sie sollen nur kommen!" Auf der Feldherrnhalle wurden, zuletzt begrüßt, schwarz-weiß-rote und weiß-blaue Fahnen geschwungen, hier Hakenkreuzbanner, dort Sinnsprüchen geschwungen, hier Hakenkreuzbanner, die Sinnsprüchen wurden, mit besonderem Applaus.

Man denkt: der übliche nationalistische Bürger- und Studentenpöbel. Aber die Welle hat sich von viel weiterher gewälzt. Es gibt in München eine national-sozialistische, deutsche Arbeiterpartei, die, mit schwerindustriellem und großagrarischem Geld gespeist, seit Monaten rasende Fortschritte macht. Wie weit sie schon gediehen ist, zeigt

Der KAP.-Geist in der VKPD.

Levi, immer noch Vorsitzender der VKPD., besitzt den Geschmack, sich auch weiterhin lächerlich zu machen. In zwei jämmerlichen Artikeln, die nichts weiter verraten als jene advokatenhafte Schmiegsamkeit, die er als höchstes seiner politischen Weisheit bei italienischen USP. gegenüber empfiehlt, bemüht er sich verzweifelt, das Exekutivkomitee um gut Wetter zu bitten. Die KAPD. interessiert dieser Mann als Person nicht mehr, denn er ist erledigt, auch für seine eigene Partei, auch für die Internationale. Und seine Person hat die Proletarier niemals interessiert wegen ihrer geistigen Fähigkeiten oder Unfähigkeiten, sondern weil in ihm sich am unverschämtesten und manövrierendsten der Geist antiproletarischer Politik aussprach. Und diese Richtung, die Richtung der sogenannten Spartakuszentrale wird nach wie vor das stärkste Angriffsobjekt des Kampfes gegen sie sein können. —

Welch ein katastrophaler Weg von den Januarkämpfen 1919, von der Ablehnung aus der USP., vom Kampf gegen die Verschandelung der Räte bis zu den nationalsozialistischen Manövern des Levi im Parlament, bis zur Verurteilung der einst von Rosa Luxemburg und Liebknecht mit aller Kraft provozierten Abspaltung aus der USP., bis zur Wiedervereinigung mit denselben Leuten der USP., bis zum Aufgeben der übrigen Bestimmungen des Rätegedankens, ganz abgesehen von der ununterbrochenen Sabotage aller revolutionären Aktionen. Und diese Clique, die noch immer Rußland verraten hat, kann es auf die Tat an, wagt es heute noch dem ersten Vertrauensvotum für ihren Levi ihm ein zweites aufzustellen in einer Resolution, an deren Schluß es heißt:

„Die VKPD. kann daher der Aufnahme der Arbeiterunionen in Deutschland nur zustimmen, insofern es sich um Elemente handelt, die vor der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale sich abgesplittert haben, die ausdrücklich die Propagierung des Gedankens des Austritts aus den Gewerkschaften aufgegeben haben, und die mit den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitern wieder zu einer geschlossenen Masse zusammengeschweißt werden sollen.

Die VKPD. hält es für notwendig, daß bei Aufnahme transdonischer deutscher Organisationen die Entscheidung nicht ohne Zustimmung der KAPD. erfolgt.

Dieser Quatsch bedarf keiner Erörterung. Und es soll nur festgestellt sein vor den deutschen Arbeitern und der Internationale, daß in der VKPD. die Leviichtung noch immer das Heft in der Hand hat.

Nun ist freilich seit langem bekannt, daß nicht nur in der Exekutive, sondern auch in der Partei selbst eine starke Opposition sich gegen diese Richtung durchzusetzen versucht. Die Opposition hat aus naturgemäßigen, hat insbesondere seitens der revolutionären Arbeiter der linken USP., die durch die Vereinigung mit Spartakus (bei Unkenntnis der KAPD.) den Bann der negativen und lähmenden Partei- und Indianerpolitik zu durchbrechen glaubten, sehr bald der

folgende Meldung der Stinnes'schen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 4. d. M.:

DA München, 4. Februar. In einer von der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einberufenen und von vielen Tausenden von Arbeitern besuchten Massenprotestversammlung gegen die Pariser Beschlüsse wurde einstimmig eine scharfe Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Wir erwarten von der bayerischen Staatsregierung, daß sie in Berlin gegen jeden einzelne Nachgeben schärfstens Einspruch erhebt. Die Antwort auf das Verlangen der Westmächte kommt dem deutschen Volke selbst zu. Wir verlangen die Durchführung eines Volks-Referendums." Zum Schluß formulierten sich Tausende von Arbeitern zu einem Demonstrationszuge, der, vaterländische Lieder singend, durch die Stadt zur das hiesige Quartier der Entente-Kommission zog. Auch dort wurden patriotische Lieder gesungen, worauf die Demonstranten sich zerstreuten, ohne daß Zwischenfälle eingetreten sind.

Diese Verhetzung der Mündener Arbeiter ist nicht nur „national", sondern im äußersten Grade konterrevolutionär. Und was das Schlimmste ist: es gibt keinen Damm mehr, der sich ihr entgegenstellt. Die KAPD. ist aus historischen Gründen in München überhaupt nicht vertreten, und die Vereinigte Kommunistische Partei, Sektion der 3. Internationale, hat dort eine Leitung, die nicht nur schamlos in die nationale konterrevolutionäre Front einstimmt. Die Meldung der „Freiheit" vom 5. d. M. scheint, daß den meisten unserer Leser schon bekannt sein. Wir wiederholen sie trotzdem, damit das Unglaubliche nicht vergessen wird:

München, 5. Februar. In der kommunistischen „Neuen Zeitung" forderte gestern Otto Thomas die Zeitfreiwilligen und Studenten auf, die Waffen mit den Kommunisten zu teilen, eine Armee zu bilden, eine einheitliche Front zu schaffen und in einer revolutionären Gegenbewegung die Bürgerschaft gewissen auszurotten. Er meint, es müsse eine Brücke geben über die Leichen, die im Ruhrgebiet, in München, Bremen und Berlin liegen. Die nationalistische Jugend wird dann aufgefordert, in die kommunistischen Versammlungen zu kommen, in der gegen die Beschlüsse von Paris protestiert werden solle.

Die Studenten und die übrigen konterrevolutionäre Mündener sind dieser Einladung in Massen Folge geleistet. In der geistigen kommunistischen Versammlung verkündete der kommunistische Landtagsabgeordnete Otto Graf im Gegensatz zur Pariser „roten Fahne" unter lärmenden Zuruf der Studenten: „Wir Kommunisten treten ein für einen „revolutionären" Krieg gegen die Entente!" Ein Bündnis mit Rußland solle die Grundlage zu dieser neuen Kriegserhebung abgeben.

Eine Stunde lang hetzte der kommunistische Redner zum Kriege und forderte die Nationalisten auf, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen. Der unendlichen Zustimmung redner wurde noch kurzen Ausführungen von Weiterreden verhindert.

Daß Otto Thomas, der Schriftleiter der „Neuen Zeitung", des Münchener Organs der VKPD., antisemitischen und nationalbolschewistischen Liebeleien frönt, wußten wir schon lange; daß seine Zeitung in dem Bayern, wo schon keine Schwierigkeiten hatte, hat uns schon lange gewundert; was jetzt geschehen ist, ist also nur eine etwas vorzeitige Demaskierung eines schon lange bestehenden nationalpatriotischen Arbeiterverrätern. Die Kommunisten ist die Behauptung, daß Gen. Otto Graf in diesem Skandalstück ebenfalls eine Rolle übernommen haben soll. Wir hatten längst schwere Differenzen um Thomas, und wir möchten hier erst eine Bestätigung abwarten.

Wie stellt sich nun die Zentrale der VKPD., Sektion der 3. Internationale zu diesen Dingen? Was sagt die Direktion der Firma zu den Geschäften der Filiale? Die „Rote Fahne" vom Sonntag bringt eine kurze Notiz, in der sie mit etwas gutmütigem Spott erklärt, der Münchener Aufruf bedürfe gewisser einiger Ergänzungen.

Damit ist der Höhepunkt dieser Symphonie des Verrats erreicht. Ist es ein Wunder? Wir haben in der letzten Nummer bereits nachgewiesen, wie Levis Appell im Rebellion, wie die Parole der „Roten Fahne", nur die Kommunisten könnten die Nation retten, auf das Einzuwenken in die nationale Linie vorbereiteten. Die Haltung der „Roten Fahne" gegenüber dem Münchener Skandal liegt vollkommen in dieser Linie. In Berlin kann man noch nicht so weit gehen wie in München, man muß eine gewisse Tätigkeit markieren. Aber sich mit voller Rücksichtslosigkeit und Schärfe den nationalen Maßnahmen entgegenzuwerfen — dazu reicht es nicht mehr, das kann man sich nicht mehr leisten. Und wenn aus keinem anderen Grunde, dann deshalb, weil man mit gebrechenem Fuchtrot, dem einem zum Prinzip erhobenen Massenfang-Opportunismus der nationalen Strömung in der Zeit des großen Volkskrummels keinen Widerstand leisten kann.

Haben wir zwiel gesagt, als die wir die Politik der VKPD. gegenüber den Pariser Beschlüssen als sozialdemokratische, Landesverteidigungspolitik kennzeichneten? Bayern, auch hier der entscheidende Faktor der deutschen Politik, hat uns recht gegeben. Die bayerischen Parlamentskommunisten richten sich nach der Direktion, und die Berliner Zentrale richtet sich nach ihren bayerischen Genossen.

Fürwahr: die VKPD. wird von Tag zu Tag reifer zum Ausschluß aus der Kommunistischen Internationale.

Sturz gestoßen werden würde. Sie kamen von Regen in die Traufe. Die Revolten in der KPD. sind denn auch bereits so stark geworden, daß selbst die abwartende Zentrale ein kleines Veto einlegt in der Presse äußern muß, daß die gischend — — nein nicht gischend, sondern vorläufig erst wohltemperiert Dampf entweichen soll, um den Kessel zu retten. Trotz aller Vorsicht wird aber sehr deutlich, daß die KPD., die große „Massenpartei" in heftiger Krise sich schüttelt. Und wieder steht Friesland als eifriger Makler am Markt. Wir erfahren erneut, daß „nicht alle Elemente der neuen KPD. gewillt sind kommunistisch zuverlässige Politik". Auf deutsch: die KPD. existiert als ein mit allen Mitteln kapitalistischer Politik zusammengeraffter Haufe, der eine kommunistische Massenpartei markieren soll. Wir wollen uns nun heute nicht mit dem Genossen Friesland, der „seine" Partei retten möchte, darüber unterhalten, was denn die proletarische Politik der KPD. im Ganzen ist und wie weit sein Verständnis dafür bisher reicht. Wir wollen uns nur einmal seine politischen Wünsche für die KPD. ansehen. Unter diesen finden wir solche wie: Herausführen der Mitglieder aus den negativen abwartenden, durch Parteipolitik verschuldeten Haltung- zu positiver revolutionärer Mitarbeit. Nicht Kadavergehorsamkeit, sondern Heranziehung aller revolutionären Kräfte zu einheitlichem Wollen!

Nun und? Sei nicht so simperlich, Genosse Friesland, das sind nicht Forderungen, die „man" in der KPD. selbst als KAPD.istisch „bezeichnet", sondern es ist wirklich KAPD.-Geist, schon seit Jahr und Tag. Freilich erst ein zaghafter Anfang. Friesland scheint solche Forderungen allerdings überhaupt nicht als Forderungen einer proletarischen Politik anzusehen. Und daraus ergibt sich ja auch die Tatsache seines noch sehr mangelhaften Verständnisses für revolutionäre proletarische Politik. Solche Forderungen neben vielen anderen notwendig, die sie KAPD. sind, sind Wirklichkeit geworden sind, bis ihn überhaupt erst das Fundament der Politik. Wie sehr Friesland noch in den Anfängen steht, ersehen auch Sätze wie: „Auch in der Partei müssen die Massen zur sittlichen Mitarbeit herangezogen werden" oder „Wir (die Red.) werden den revolutionären Willen der Massen nicht in negativen Schimpfereien verpuffen lassen, die Arbeiter der KAPD. werden imstande sein, auch die täglichen Kämpfe zu führen . . ."

Das kostbare „Auch in der Partei", das wilde Durcheinander von „Wir" (die Zentralen doch wohl) und „Arbeiter", alle von Führer und Masse, sind äußerst kennzeichnend für die vorläufige Unfähigkeit aus solcher Konfusionäre wie Friesland, für ihn bestimmt Politik erst bei einer Frage wie der Gewerkschaftsfrage. Und hierauf, das wird ganz deutlich, wie weit auch auf die sonstige „praktische" Arbeit richtet er seine Kaufsumme zur Rettung der KPD. Er gibt Lenin preis und gesteht, daß die KPD. die Frage der Mobilisierung der proletarischen Kräfte, die Entwicklung zum Selbstdenken und Selbsthandeln nicht gelöst hat.

Nu, er gesteht mehr, er sagt, daß nicht einmal der einheitliche Wille vorhanden ist, die aktiven und oppositionellen Arbeiter zu mobilisieren.

Nun, Genosse Friesland, das weiß die KPD. Und Sie stimmen denn doch wohl ein mit für in der Beurteilung der Unehrlichkeit einer Politik, die — während dies geschieht — in ihrer „Roten Fahne" vom 6. Februar dreist und gottesfürchtig ihre Werke mit dem Kommunismus gleichsetzt, während sie obendrein in demselben Artikel verkündet: „Powerell müssen sich die Gegner unserer einzelnen Mitgliedschaften auf dieses Losungswort (gemeint ist der offene Brief) einstellen."

Aber das alles ist ja kein Zufall. Es ist die absolut notwendige Folge der neukommunistischen Taktik überhaupt. Mit dieser Taktik kann der Kadavergehorsamus nicht zum Verschwinden gebracht werden, weil es keine Taktik ist, die aus den Bedürfnissen der proletarischen Klasse entspringt, sondern eine Taktik, in der die Unehrlichkeit und Verlogenheit von Schieberpolitikanten ihre Reife feiert. Wohin hat der Parlamentarismus schon jetzt geführt. Genau wie in Holland die Wynkoop und Ruysvriten zur Entwicklung unschwenkten als sie das Parlament wollten, so führt er hier zu den Schlauheitskrämern des Klassenfeind Spiel zu den unglaublichsten Verfälschungen gelegentlich der italienischen Parteifrage. Welch ein infamisches Gebäude beräuchert, wie man am schlauchen Massenbetrug verdeckt könnte. Er führt zu solchen „offenen Briefen", die geradezu zu der Bestimmung der Revolution dienen, die sich in ihrer ganzen Widerspätigkeit entfalten, wenn die „Rote Fahne" eine volle Seite dem Wohlwollenden widmet, um dann dem Mieterbund die entsprechende Stelle des „offenen Briefes" zu empfehlen. Eine Stelle, die ohne die vorherige Diffamierung des Proletariats überhaupt nicht durchführbar ist. Er führt zu dem verwaschensten Augenverschreit vor den Unionisten und Syndikalisten, die in die rote Gewerkschaftsinternationale gelockt werden, und deren Aufnahme man „parlamentarisch" damit schmackhaften versucht, daß sie als „Spalter" einen falschen Namen vor den ungeschlachten deutschen Arbeitern hätten, und darauf müsse man Rücksicht nehmen.

Und die Tätigkeit in den Gewerkschaften, die man sich als ein gewichtiges Plus-Zeichen dachte, wird ganz eine ganze Weile zu fortwährendem Reibon führen, aber zu nichts weiterem, wenigstens zu nichts, was für die Proletarier wirklich Wert hätte. Wir verstehen schon ganz gut, daß die Fallenaktiker nicht halten wollen, und daß das Gesetzes bei ihrem Herausschmiß das Gesetzes betrogener Betrüger ist. Aber eben hier zeigt sich die ganze Ohnmacht zu einer positiven proletarischen Lösung der Frage. Wir werden ein endgültiges darauf eingehen und heute nur das eine sagen: Der Parlamentarismus (und dazu gehört auch die Aktik der Fallenbildung) wird in dem Augenblick, in dem die Organisation der Unionen (auf der Basis der Betriebsorganisationen) Tatsache geworden ist, von Tag zu Tag mehr zur offenen Sabotage an der Revolution. —

Politische Rundschau

Polen und Frankreich.

Die konterrevolutionären Gelüste des europäischen Festlands haben sich geringt. Aus der nachstehenden Papier Meldung geht deutlich hervor, daß Frankreich gegenüber dem polnischen Wunsch auf bedingungslose Unterstützung mit einem Durchbruch gemacht hat; es hat seinen polnischen Vasallen Kopf angelegt gegenüber den Tschechoslowaken und gegenüber Sowjet-Ungarn. Beide Staaten benutzt Frankreich zu seinem Spielen der Balkanfinanzen Europas, zum Aufbau einer konterrevolutionären Militärmacht, die die russische und jede künftige deutsche Revolution in Schach halten soll.

Dagegen ist die Einräumung Oberschlesiens so gegenden und gedreht, daß man erkennt, daß hier ein geheimer Einverständnis zwischen Frankreich und Polen besteht. Man muß das Sorge vor England nach nicht offentlich Kundmachen will. Denn England kann Deutschland mit Oberschlesien besser kolonisieren als Deutschland ohne Oberschlesien.

E. E. Paris, 7. Februar. „Ehoop Kriegen" meldet, der Hauptgrund der Note Bissoldsche sei gewesen, die Abtretung von Oberschlesien zugunsten Polens zu verhindern und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Ministerpräsident wurde dargelegt, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählten, wenn Polen allein bäme, würde es unter seinen finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Es wäre daher für die Oberschlesier besser bei Deutschland zu bleiben, als sich Polen anzuschließen. Auf diesem Grunde müsse auch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich Lärm gemacht werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Man hat sofort feinerlei feste Versprüche abgeschlossen, sondern man begnügte sich mit einer diplomatischen Note, die veröffentlicht wurde. Frankreich wünscht erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens zu kennen, bevor es sich zum Abschluß einer militärischen Allianz bereit findet. Außerdem hat Frankreich auch die militärische Unterstützung nicht unter allen Umständen zugesichert. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschecho-slowakisch-polnischen Krieges würde es sich jeder Unterstützung entziehen. Falls Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen oder einen russischen Angriff auf Polen unterstützen, würde Frankreich militärische Hilfe leisten. Wenn Polen von den Russen allein angegriffen, dann würde Frankreich keinen Soldaten und keinen Pfennig senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial, und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindungen über Danzig freizuhalten. Eine der Bedingungen für die Zusage Frankreichs war das feste Versprechen Polens, Wilna zu räumen.

Die diplomatische Note, in der die offizielle Erklärung des Ergebnisses erscheint, lautet:

Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig besorgt um ihre eigene Sicherheit und um die Erhaltung des Friedens von Europa, übereinstimmend die Gemeinschaftlichkeit der Interessen, die die beiden befreundeten Länder verbindet, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu diesem Zweck für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in engster Fühlung miteinander zu stehen.

Bringt man diese Vorgänge in Zusammenhang mit der nationalen Hetze, die in Deutschland flüht, so ergibt sich klar und unverkennbar folgende Fragestellung als der Kern der politischen Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie:

Ist die französische Bourgeoisie bereit, den deutschen nationalbolschewistischen Krieg wegen Oberschlesiens bei der deutschen Bourgeoisie abzukaufen, um den Preis des vorläufigen polnischen Verzichts auf Oberschlesien? Dann kann man sie das national und kriegerisch erzogene „Menschenmaterial" als Vorspanne für einen antibolschewistischen Krieg zur Verfügung stellen, dessen Ergebnis kann auch sicher sein: die endgültige Schiefal Oberschlesiens entscheiden wird. Dann läßt sich auch über die Reparationsforderungen sprechen, denn erstens wird am Krieg abzudrücken verdient, und zweitens wird man ja sehen, was für Werte die deutschen Soldaten aus Rußland für Frankreich herausholen werden.

Oder muß die französische Bourgeoisie sich dem englischen Diktat der „friedlichen Kolonisierung" fügen? Dann soll wenigstens Oberschlesien an Polen fallen, um von der polnischen Bourgeoisie für französische Rechnung ausgebeutet zu werden, und man muß sehen, die Deutschen durch die schärfsten Maßnahmen zur Ruhe zu zwingen. Aber was dann aus ihnen herauszuholen ist, bleibt fraglich. Und der französische Bankrott steht vor der Tür.

Die Spannung der Interessenwiderstreite wird von Tag zu Tag unerträglicher. Die offenste Lösung hängt auf eine kriegerische Lösung. Das deutsche Proletariat muß darauf gefaßt sein und neue imperialistische Zusammenhänge, ganz gleich welcher Art, sofort zur revolutionären Parole und Aktion ausnutzen.

Wirtschaft

Krupp wird Händler und Rohstoff-Besitzer.

Die Firma Friedr. Krupp in Essen errichtet in Verbindung mit dem Frankfurter Messeamt in Frankfurt ein großes modernes Geschäfts- und Messegebäude, das auch anderen großindustriellen Werken Ausstellungsräumlichkeiten bieten soll. Die Firma Krupp wird darin eine Dauerige Ausstellungsfassung einrichten.

Die außerordentliche Gewerkenversammlung der Gewerkschaft Vereinigte Konstantin der Große, in der 57 Gewerken 894 Kuxen vertreten, ermächtigte den Grubenvorstand zum Abschluß eines Betriebs- und Interessen-Gemeinschaftsvertrages mit der Firma Krupp auf die Dauer von 50 Jahren. Nach dem Vertrag übernimmt die Firma Krupp den Betrieb der Gewerkschaft. In den Grubenvorstand wurden sechs Vertreter der Firma Krupp gewählt, so daß Krupp jetzt über die Mehrheit im Grubenvorstand verfügt.

Damit geht Krupp den Weg, den Stinnes vor ihm gegangen ist, den Weg der Umstellung vom Industriekapital zum Handelskapital und zum Rohstoffbesitz, und schafft sich gleichfalls einen abgesonderten Konzern, der dem Rohstoff bis zum Verkauf des Fabrikats an den Verbraucher reicht. Gegenüber diesen Riesenorganisationen sind die zersplitterten Gewerkschaften machtlos, ihnen kann nur die Allgemeine Arbeiter-Union im Kampf gegenüberstreten.

Aus der Arbeiter-Bewegung

Der Kampf im Leunawerk.

Vom Aktionsausschuß der Arbeiterschaft im Leunawerk geht uns ein Aufruf zur Solidarität zu. Wir fordern alle Proletarier auf, durch aktive Solidarität rechtzeitig in den beginnenden Kampf einzugreifen und die Leunaarbeiter vor einer Niederlage durch Isolierung zu bewahren. Die Genossen von der KPD. und AAU. werden sich immer bereitfinden, ihre ganze Kraft in den Kampf einzusetzen.

Wenn der Aufruf zum Schluß auffordert: „Kämpft mit uns den Kampf um die nackte Existenz der proletarischen Klasse", so erinnert das an der „Offenen Brief" der KPD. Der Kampf um die revolutionäre Verbrechung des Kapitalismus ist freilich in der Tat ein Kampf um die nackte Existenz der proletarischen Klasse. Denn diese nackte Existenz selbst kann eben nur und gesichert werden durch die Zerbrechung der Kapitalsherrschaft. Der „Offene Brief" sprach das nicht aus. Der Aufruf der Leunaarbeiter, im ersten Stadium des Kampfes, braucht das noch nicht auszusprechen; aber wenn in diesem Aufruf wenige Zeilen vorher steht: „Kämpft ihr mit, so werden wir siegen, werden unsere arbeitslosen Klassengenossen die Arbeit mit uns teilen, werden deren hungernde Frauen und Kinder Brot zu essen haben", so sind in diesen Sätzen doch Vorstellungen eingebeutet, die den, was wir „siegen" nennen, bei weitem nicht genügen.

Diese Stelle zeigt deutlich den opportunistischen Charakter, der allen Kämpfen um konkrete Augenblicksforderungen von Beginn an aufsitzen muß. Aber wir sind überzeugt, daß den Leunaarbeitern klar sein wird, daß noch von keinem großen Sieg die Rede sein kann, wenn die Arbeitslosen in die alte Lohnsklaverei hineinschlicht wieder eingelassen sind. Und sie werden mit der Zeit die nötige Kritik lernen gegenüber den Leuten, die derartige Rückschläge in ihren Aufrufen unterbringen.

Der Aufruf lautet so:

An die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands!

An die Arbeitslosen!

An alle Arbeiterorganisationen!

Klassengenossen! Nachdem in zwei Jahren Revolution der Arbeiterschaft Deutschlands jedwede „Errungenschaften" gekauft sind, — nachdem die Reaktion in Deutschland Schritt für Schritt ihre Organe zur brutalen Niederdrückung der Arbeiterklasse planmäßig organisiert hat, — nachdem die deutsche Wirtschaft kaput geurbeitet ist unter der Parole: Nur die Arbeit kann uns retten, — nachdem man einen Betrieb nach den andern stillgelegt oder durch Aussperrung zum Streik gezwungen hat, um die auf dem Einsatzgebiet liegenden Arbeitslosen noch erfolgter Hungerkur wieder unter schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Betriebe wieder hineinzuzwingen, nachdem man das sich dagegen wehrende Arbeiterschaft in Berlin (Elektro-Arbeiter, Bubia, Norma), in Hamburg (Klassen), in Minden, Hamburg, Ludwigshafen usw. mittels Sabotaschisten Polizei und Streikbrecher schonungslos auf die Ketten gezwungen, will man nun in Mitteldeutschland, dort, wo das Gros der mitteldeutschen Arbeiterschaft steht, angesichts der „Siege" irgendwie die Gelegenheit wahrnehmen, um die Generaloffensive gegen die in Hunger und Not sich aufbäumende Arbeiterschaft einzuleiten.

Dazu dient der frechen Unternehmerklique, den Schergen des Entente-Kapitals, die elementarste Forderung der Leunaarbeiter, die Einführung der 48-stündigen Arbeitswoche, Abschaffung der darüber hinausgehenden Arbeitszeit, zur Mehrarbeitszeit von Arbeitern, von Arbeitslosen in den Betrieb.

Seit Anfang an einem Jahr ringen die Leunaarbeiter darum. Immer in Wege stand der Schiedsspruch des Zentralarbeitsgemeinschaftsamtes, der einen Paragraphen enthielt, welcher dem Unternehmertum das Beschäftigung einer längeren Arbeitszeit in der Chemischen Industrie gestattete. Man verwahrte mit endlosem Gebuld durch den Betriebsrat eine Änderung des Schiedsspruches in dieser Frage herbeizuführen — ohne Erfolg.

Das gesamte Unternehmertum hielt fest an seinem Standpunkte in Bewußtsein, daß hier ja der Ausgangspunkt für die kommende Verlängerung der Arbeitszeit sein würde, und ging ohne Diskussion über das flagrante Arbeitslosenelend hinweg.

Als nun in den Reihen der Arbeiter die Selbsthilfe, d. h. der Gedanke an Ablehnung längerer Arbeitszeit keimte, man sich aber noch auf keine Tagesfrage geeinigt hatte, kam am 29. 1. 21 die Werksleitung mit folgender Warnung:

„An die Arbeiterschaft des Ammoniakwerkes!

In einzelnen Betrieben wird auf eigenmächtige Einführung der 48-Stunden-Arbeitswoche in Schichtbetrieben hingearbeitet. Die Verhandlungen über die Einführung der 48-Stunden-Woche in Schichtbetrieben sind zwischen beiderseitigen Organisationen geführt worden und haben zu einem Spruch des Zentralschlichtungsausschusses geführt. Durch diesen Spruch ist die Einführung der 48-Stunden-Woche für die Chemische Industrie abgelehnt. Dieser Schiedsspruch ist für beiderseitige Organisationen und auch damit für das Ammoniakwerk unter allen Umständen bindend. Eine Zuwiderhandlung bedeutet Vertrauensbruch. Wir warnen davor, in die von der Betriebsleitung getroffene Arbeitseinteilung eigenmächtig einzugreifen. Ein solcher Eingriff macht die ordnungsmäßige Führung des Betriebes unmöglich und muß zur Stillegung des Werkes und damit zur Arbeitslosigkeit der gesamten Belegschaft führen.

In letzter Stunde wenden wir uns daher an die bisher immer bewiesene Besonnenheit der Belegschaft, um diese von folgenschweren Schritten abzuhalten.

Leuna, den 29. 1. 21.

Die Werksleitung.

„Nur die Arbeit kann uns retten!" Wenn ihr mit euren arbeitslosen Brüdern die Arbeit teilt, damit sie mit ihren friierenden und zerlumpten Frauen und Kindern nicht im Straßenkot verhungern, dann schließen wir den Betrieb, dann tötet ihr mit ihnen verrecken.

Neue 22 000 Arbeitslose.

Arbeitsgenossen in Mitteldeutschland und im Reiche! Wißt ihr, was das bedeutet?

Der Generalangriff auf Sowjetrußland und damit auf das Weltproletariat wird bald auf der ganzen Linie aufgerollt werden. Dazu gebraucht man neue Millionen Arbeiterleiber. Die begeisterten Arbeitslosen führen für die deutsche Militärmaschine das durch Not und Hunger zu Massenmassiten gebrachte Menschenmaterial. Nur werdet die Söldner schmieden, die durch Arbeitslosigkeit und Hunger Söldner geworden. Nicht die Arbeitslosen, nein, die Arbeiter in den Betrieben, die ein proletarisches Solidaritätsgefühl besitzen, sind die Ursache der Zerstörung der Arbeiter in sozialökonomische Klassen, sie selbst spielen der Konterrevolution die geballte Faust in die Finger und tragen somit zur weiteren Niederhaltung der Arbeiter und damit zur endgültigen Niederlage bei.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, beurteilt die Arbeiterschaft von Leuna die Situation. Von dieser Grundlage betrachte sie die Provokation der Betriebsleitung, die Drohung, den Betrieb stillzulegen. — Die Arbeiterschaft betrachtet sie die Provokation der Betriebsleitung, nach Ablauf eines Aktionsausschusses folgende Antwort zuteil werden lassen:

Halle a. S., den 31. Jan. 21.

An die Werksleitung der Leunawerke.

Die am 31. 1. stattgefundene Belegschaftsversammlung der Leunawerke hält nach wie vor an der Forderung der Einführung der 48-Stunden-Woche fest und beauftragt den Aktionsausschuß, von der Werksleitung bis Montag, den 7. 2., früh 10 Uhr, die reinen und restlose Einführung der 48-Stunden-Woche zu fordern.

Die Belegschaft erkennt den Schiedsspruch im Hinblick auf die unerhörte Arbeitslosigkeit nicht als bindend an und stellt die Solidarität mit den Arbeitslosen als Frage der Gesamtarbeiterschaft, über ebenso abgefaßte Schiedssprüche.

Die Belegschaft nimmt den Aufruf der Werksleitung als eine unerhörte Provokation zur Kenntnis und erklärt darauf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Forderung der 48-Stunden-Woche zu bestehen.

J. A.: Der Aktionsausschuß.

Genossen!

Wir sind uns bewußt, daß das Unternehmertum im Hinblick auf seine Machtposition die angekündigten Maßnahmen, d. h. Stillegung der Betriebe rücksichtslos und brutal durchführen wird.

Wir sind uns bewußt der ganzen Schwere der Kämpfe, wir sind uns ferner bewußt, daß wir nicht zurück können, wenn wir nicht wollen, daß nun ein Schlag nach dem andern bis zum Verenden der mitteldeutschen Arbeiterschaft auf uns niederzusausen soll.

Wir sind uns bewußt, daß wir nicht nur für die Arbeitslosen, sondern für das gesamte deutsche Proletariat auf den Schanzen stehen.

Unser Kampf ist ein Kampf!

Wenn wir ihn allein kämpfen müssen, werden wir geschlagen. Kämpft ihr mit, werden wir siegen, werden unsere arbeitslosen Klassengenossen die Arbeit mit uns teilen, werden deren hungernde Frauen und Kinder Brot zu essen haben.

Kämpft ihr nicht mit, dann wird man mit uns genau so verfahren wie mit uns. Denkt an Berlin, an Hamburg.

Wir wollen und ihr sollt auch nicht länger einander verlassen.

Tretet solidarisch an unsere Seite, wenn wir euch rufen.

Kämpft mit uns den Kampf um die nackte Existenz der proletarischen Klasse.

Schafft euch Proletarier Organe für diesen Kampf. Bildet Aktionsausschüsse und faßt diese zuerst in Mitteldeutschland zusammen, findet euch als Klasse, wie wir uns gefunden haben ohne jeden Parteihader, schafft schnell, der Sieg wird unser sein!

Es lebe die Solidarität!

Leuna-Werke, den 2. 2. 21.

J. A.: Der Aktionsausschuß.

Siegreicher Kampf der Mansfelder Arbeiter.

Die Feindschaft des Unternehmertums im Mansfelder Revier wurde Ende Januar gerichtet durch folgende Bekanntmachung:

Bekanntmachung.

Um eine größere Sicherheit der Werke und schärfere Verhinderung der Diebstähle zu erzielen, ist der Werksschutzdienst eingerichtet worden. Die mit Schußwaffen versehenen Beamten des W. S. D. sind verpflichtet, ihren Dienst innerhalb und außerhalb der Werke zu versehen und unter anderem auch gegen das unbefugte Mitnehmen von Kohle und Holz von den Werken vorzugehen.

Leider sind ihnen besonders von den jüngeren Mitgliedern der Belegschaften häufig Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden, die keinesfalls geduldet werden können.

Der Werksschutzdienst ist eine Einrichtung, die sich nicht gegen den pflichttreuen, gewissenhaften Arbeiter wendet, sondern er bestimmt mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln diejenigen Elemente, bei denen der Unterschied zwischen Mein und Dein abhanden gekommen ist.

Wir werden uns insofern an die besonnenen Mitglieder der Belegschaften, durch diese für ihren Teil dafür Sorge tragen, daß den Diebstählen, die einen geradezu erschreckenden Umfang angenommen und mit mehreren Millionen Mark im Jahr nicht zu hoch bewertet werden, Einhalt geboten wird.

Wir fühlen und verpflichtet, die Arbeiterschaft auf die schweren Folgen hinzuweisen, die ein Fortschreiten auf diesem Wege geitigen muß und ersuchen behrgend, den in unserem Auftrage ihren schweren Dienst ausübenden Beamten des Werksschutzdienstes keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Eisleben, den 28. Januar 1921.

Die Ober-Berg- und Hüttendirektion.

Tausend Mann Sicherheitspolizei sollten jeder revolutionären Regung der Arbeiterschaft vorbeugen.

Die KPD. wollte die Erregung der Arbeiterschaft einbiegen auf ihren Wahtrummel und Offenen Brief.

Alle Arb.-Union und KAPD. forderten sofort in Eisleben die sofortige Bildung revolutionärer Aktionsausschüsse. Sie fanden einstimmige Billigung von tausenden von Arbeitern. Unter ihrer Führung fanden wuchtige Kundgebungen statt. Die Bewegung breitete sich aus über Hettstedt, Helbra usw. Ueberall schritt man zur Wahl von Aktionsausschüssen. In ganzen fanden 25 000 Arbeiter im Kampf.

Der letzte Bericht, der uns zugeht, lautet:

Zwar berichtete die „Rote Fahne" schon unter Stargezogen, daß 10 000 Arbeiter sich für die Forderungen des „Offenen Briefes" bekannt hätten, das ist falsch. In dieser Versammlung bestimmten sich die Massen vollkommen selbständig, wählte sich aus allen Betrieben revolut. Aktionsausschüsse und folgten nur den Parolen der KAPD. und AAU.

Am andern Tage forderten wir in Hettstedt sämtliche Belegschaften in einer 5000 köpfigen Versammlung auf, sofort die Arbeit niederzulegen, fast alle Betriebe traten schon am frühen Morgen unseren Parolen gefolgt, außer einigen kleinen Betrieben. Genosse B. sprach allein zu den Massen, Betriebsräte und Gewerkschaftsleitungen traten nicht auf den Plan, unsere vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Außerdem wurde ein Ultimatum einstimmig angenommen: wenn bis 9 Uhr abends sämtliche Forderungen nicht restlos bewilligt seien, werden sämtliche Notstandsarbeiten eingestellt. (Nachmittags Banden entsandten 25 000 Arbeiter im Ausstand.) Ueberall waren die Betriebsräte zurückgetreten, an deren Stelle traten aus allen Betrieben revolut. Aktionsausschüsse. Nachmittags 8 Uhr standen in Eisleben 14 000 Arbeiter auf dem großen Marktplatze dicht gedrängt vor dem Gewerkenhause. Die Aktionsausschüsse waren bereits da, der Ober-Berg- und Hüttendirektion die Forderungen kundzutun. Die KPD. war gerade an Verhandeln, als der Beauftragte des Hettstedter Aktionsausschusses in den Saal kam und gegen den Widerspruch der Direktion das Ultimatum seiner Auftraggeber mitteilte. Ein

Aus den Briefen von J. Knief.

Von Knief, einem der Organisatoren der revolutionären Bewegung während des Krieges, zur Bremer Richtung der „Linksradikalen" gehörig, bei der Verlag Etzold eine Sammlung von Briefen herausgegeben, die im Jahre 1918, fast unmittelbar aus dem Gefängnis, geschrieben wurden. Sie sind größtenteils nur von persönlichem Interesse; doch bringen wir im Folgenden einen Brief vom 8. November 1918, der mit vorbildlicher Klarheit die damalige Lage kritisiert. Die Red.

8. November 1918.

Ja, die revolutionäre Bewegung stürmt vorwärts. Aber sie hat noch keine Spur der sozialen Revolution erkennen. In Bayern wurde die Republik ausgerufen. Eine Mumie auf dem Throne damit ab. Was ist das? Ein gänzlich unverändertes lassen der sozialen Verhältnisse. Die Monarchie war in der Tropfe des Imperialismus bereits nur noch Fiktion und es genügt von der politischen Unselbständigkeit der Deutschen, daß sie in ihrer ersten großen Revolution mit dem Ruf: Fort mit dem Kaiser! beginnen. Die Folge wird sein, daß sie sich, wenn der Kaiser abdankt, einbilden werden, daß sie schon gesiegt haben. Und der Glaube des ersten Ansturmes wird abflauen, um dem eigentlichen Gegnerschaft, dem Großkapital, Zeit zu lassen, seine Kräfte zu sammeln. Es ist eine tragische Erscheinung: der Elan der ersten deutschen Revolution, die diesen Namen verdient, wird zerrissen an scheinbaren Forderungen. Und die Gesamtheit wird vorgeschoben sein mit halb erfüllten Truppen. Die Gesichter der westlichen Republiken müßte selbst den Bäumchen klar gemacht haben, daß Republik und Kapitalismus noch längst keine Gegensätze sind. Lebtigens wissen das die sozialdemokratischen Bäumchen sehr gut; darum berlen sie sich die Abdankung auf Kaiser zu fordern. Sie werden später sagen: Seht, das ist unser Werk! Abdicht haben wir betreit: Wilhelm II haben wir besiegt — was verlangt Ihr mehr! Unterdessen wird Ebert ruhig weiter mit den Bürgerungsgesellschaft regieren! Unterdessen erstehen die kommandierenden Generale ruhig weiter Gewehr! Unterdessen verfreicht sich der Reichstag immer tiefer zum Mauseloch. Es ist noch alles beim alten geblieben. Alle Arbeit geht noch heute. Aber:

es steht ein dunkles Unendlich,
viel arme Menschen schreien nach Brot.

So ist's heute.

Und morgen? Und übermorgen?

es liegt der Sturm in der Feder rein,
es wird kein Menschenmuß kommen Hunger schreien
Stahle, Mühle, mahle!

So wird es, so muß es kommen. Das ist unsre Stunde!

Die Forderungen der Revolutionäre lassen noch nirgends die Errichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erkennen — außer in Stuttgart, wo ganz bestimmte Forderungen über Enteignung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erhoben werden. Sonst überall nur Forderungen, die an der Oberfläche der Dinge liegen: Abdankung des Kaisers — statt offener Proklamierung der Arbeiter- und Soldatenrepublik. Beseitigung der Zensur — Aufhebung des Belagerungszustandes — statt Rüst- und Rüstungserklärung der gesamten Verfassung. Man bildet Arbeiter- und Soldatenräte — wozu? Gewiß, sie besetzen in einzelnen Gebäuden die öffentlichen Gebäude; aber sie verbinden noch mit den bestehenden Autoritäten. Aufgabe der Räte ist es, die Hydrone der sozialen Revolution zu leiten! Proklamierung der sozialen Revolution an Stelle der sozialen Republik! Das ist not. Das Wort sozialer Revolution ist noch nicht einmal gefallen!

In Kiel brach die erste kühne Revolte unter den Matrosen los. In Kiel wurde eine ganze Stadt zum ersten Male zur Revolution mehr beherrscht. In Kiel wurde der Kommandant erschossen. In Kiel bestehen ein Arbeiter- und Soldatenrat, und an fernerer Stelle steht der Soldatenrat Kiel! Die Matrosen haben Klar. Aber sind sie auch Sozialrevolutionäre?

Auch in Magdeburg, Halle und Zeitz ist es losgebrochen!

Berlin wird zuletzt an die Reihe kommen. Diese jahrtausendjährige Verspätung der Umwälzung mit dem Bestehenbleiben und den Parlamentariern wird noch lange die neuen revolutionären Reiche erfüllen. Hier hält sich die Kommandogewalt der Soldaten am längsten. Nur durch sie die Revolution in Berlin nicht organisiert — aber schon hat das Oberkommando Berlin seine Wahrnehmung zu treffen. Der erste Schlag wurde nicht ausgeführt. Die Kosten werden nicht ausbleiben. Wer weiß, ob es nicht noch einig sein wird, Berlin von außen her zu erobern. Besetzung, wenn die Bewegung in Mitteldeutschland und im Reichen fortschreitet, Bande schon hier die Republik proklamiert werden mit dem Sitz Hannover. Auf diese Weise könnte Berlin zur Kapitulation gezwungen werden.

Und den Rheinland hört man noch nichts. Aber man wird von dort hören, wenn die Soldaten von den Franzen zurückfluten.

Die Waffenstillstandskommission ist bei Foch eingetroffen. Es wird also verhandelt werden, wie sich das Heil der Proletariats am besten wird verteilen lassen. Sobald die gegenwärtige Verfassung für null und nichtig erklärt würde, würde Wilson gegangen, mit den deutschen Sozialisten zu verhandeln. Das allein könnte die Bewegung beunruhigen und im Westen. Und das allein würde die russische Revolution retten. Nicht Ebert-Berger, sondern Liebknecht als Unterhändler mit Wilson: das erst würde die Möglichkeit geben, die Wissenschaften Arbeiten auf ihren historischen Boden zurückzuführen.

Uebrigens: warum fordern die deutschen Revolutionäre nicht die sofortige Zurückberufung der russischen Soldaten? Auch das ist eine Verbrüderung an den Russen. Solidaritätserklärungen hin, Solidaritätserklärungen her! nicht Erklärungen entscheiden, sondern Handlungen!

Die deutschen Massen sind noch im Bann der Schreckensjahre des revolutionären Proletariats. Sie besehen die Banden mit blinden Mittelschrecken, bewaffnen sie mit Maschinengewehren, machen aus Gnen kleine Hoffungen, an deren Tore in Stadtbildern Schaden Bestimmungen. Hier heißt es: Kampf bei der kapitalistischen Welt! Die Arbeiter begreifen, daß sie hinein die Gewaltsäle ihrer Angriffe richten müssen.

Und die Bahnhöfe, Post- und Telegraphenanstalten werden besetzt. Die Arbeiter begreifen: man kann keinen Organismus gegen Schaffen bringen, wenn man seine Glieder nicht in der Gewalt hat und seine Nerven.

Und die Gebäude der Verfassung werden besetzt. Die Arbeiter begreifen, wo die Organe sitzen, die gepflegt werden müssen.

Und die Gebäude der militärischen Kommandostellen werden besetzt. Die Arbeiter begreifen, wo die Kanonen aufgeboten werden müssen.

Die Arbeiter haben im Kriege gelernt, daß die Kriegsziele wichtigste Punkte am deutschen besetzt werden. Die Arbeiter lernen, daß sich gegen diese Punkte der Angriff zu richten hat. Und auch daß der Militarismus bei Kriegsbeginn sofort lernen lernt. In Kiebern war der Imperialismus ihr Schrecken.

Unter Redaktionsschluß

E. E. Paris, 7. Februar. „Ehoop Kriegen" meldet, der Hauptgrund der Note Bissoldsche sei gewesen, die Abtretung von Oberschlesien zugunsten Polens zu verhindern und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Ministerpräsident wurde dargelegt, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählten, wenn Polen allein bäme, würde es unter seinen finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Es wäre daher für die Oberschlesier besser bei Deutschland zu bleiben, als sich Polen anzuschließen. Auf diesem Grunde müsse auch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich Lärm gemacht werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Man hat sofort feinerlei feste Verträge abgeschlossen, sondern man begnügte sich mit einer diplomatischen Note, die veröffentlicht wurde. Frankreich wünscht erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens zu kennen, bevor es sich zum Abschluß einer militärischen Allianz bereit findet. Außerdem hat Frankreich auch die militärische Unterstützung nicht unter allen Umständen zugesichert. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschecho-slowakisch-polnischen Krieges würde es sich jeder Unterstützung entziehen. Falls Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen oder einen russischen Angriff auf Polen unterstützen, würde Frankreich militärische Hilfe leisten. Wenn Polen von den Russen allein angegriffen, dann würde Frankreich keinen Soldaten und keinen Pfennig senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial, und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindungen über Danzig freizuhalten. Eine der Bedingungen für die Zusage Frankreichs war das feste Versprechen Polens, Wilna zu räumen.

Die diplomatische Note, in der die offizielle Erklärung des Ergebnisses erscheint, lautet:

Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig besorgt um ihre eigene Sicherheit und um die Erhaltung des Friedens von Europa, übereinstimmend die Gemeinschaftlichkeit der Interessen, die die beiden befreundeten Länder verbindet, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu di

Vertreter der Arbeiten erklärte: wenn ung rennen sich da will.

Darauftin verließen die Arbeitervertreter das Gewerkschaftshaus und sprachen draußen zu der versammelten Masse. Die in Hettstedt angenommenen Forderungen nebst dem Ultimatum wurden einstimmig angenommen. Ebenso wurde einstimmig beschlossen, in allen Betrieben revolutionäre Aktionsausschüsse zu wählen.

Vor dem von unsern Genossen entfalteten rücksichtslosen Druck kapitulierte dann teilweise die Direktion und bewilligte alle Forderungen.

Die gesetzlichen Betriebsräte bleiben abgesetzt. Die revolutionären Aktionsausschüsse bleiben in Funktion. Die Arbeiterschaft des Mansfelder Gebiets steht bereit, ihren Brüdern im Leunawerk nach den Parolen der KAPD. und der AAU. aktive Solidarität zu erweisen.

Die Reaktion in den Konsumvereinen.

Nach dem Wunsche der Scheidemänner und Hilferdinge soll den Konsumvereinen jetzt und in der sozialdemokratisch-bureaukratisierten Gesellschaft die Aufgabe zufallen, die Verteilung der Konsumartikel zu regeln.

Wie wenig der Konsumvereine auch nur dieser bescheidenen reformkapitalistischen Aufgabe gewachsen sind, besser, wie wenig Verständnis, Fähigkeit und guten Willen die hauptsächlich vom Sozialpatriotismus beeinflußten Leitungen der Konsumvereine sie ihr entgegenbringen, das können aufmerksame Mitglieder deutlich erkennen. Im Kriege: Durchhaltepolitik — Kriegsanleihezeichnungen, (der Name „Dr. August Müller", als berüchtigtem Leiter der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft und jetzigem Pressechefer des Stinnes-Konzerns spricht allein Bände), nach dem Kriege ein erbarmungsvolles Fortwursteln, der jeden energischen Privatkrämer verächtlich auf solche Leistungen der einst gefürchteten Konsumorganisationen schauen läßt — und ein ängstliches Abrücken von der proletarischen Revolution. Mit den arbeitsgemeinschaftlich verzweckten Zentralverbänden gegen „überzieherische" Forderungen ihrer Arbeiter und Angestellten auf Gebeiß und Verderb vereinigt, suchen sie das Eindringen revolutionärer Elemente in die Reihen ihrer Arbeiter nach bekannter „Herr-im-Hause"-Manier zu verhindern.

Der Berliner Konsumverein ist wegen seiner Maßregelungs- und Fernhaltungswut gegen unsere Unionsgenossen sattsam bekannt — die Hamburger Großeinkaufsgenossenschaft entließ jüngst vier ihrer kaufmännischen Angestellten, weil diese wegen ihrer kommunistischen Opposition aus dem Zentralverband der Angestellten ausgeschlossen worden waren. Wenn auch das übrige Personal der Genossenschaft gegen diese unverschämte Maßregelung Front macht (die Kneiter und Angestellten des Berliner Konsumvereins haben diese ihre proletarische Pflicht leider noch nicht alle begriffen), so darf das nicht genügen: Die revolutionären Arbeiter müssen zum Angriff übergehen! Gelegenheit bieten die überall in Kürze stattfindenden Generalversammlungen, die Konsumaktionäre müssen das Heft räumen. Unsere Berliner Genossen haben es in der Hand, schon jetzt darüber Aufklärung zu verbreiten und Vorarbeit für die nächste Generalversammlung des Berliner Konsumvereins zu leisten.

Bericht vom Erwerbslosen-Kongreß für Südwestdeutschland.

Frankfurt a. M., 30. 1. 21.

An dem Kongreß nahmen teil die KAPD., AAU., Vertreter der Gewerkschaften und Erwerbslosenräte Südwestdeutschlands.

Tagesordnung: „Die Erwerbslosenfrage".

Die Sitzung fanden einen Hafen, der das Referat übernahm. Mit schwungvollem Pathos erklärte er, hierher sind die Augen der Erwerbslosen gerichtet, zu den Bergen, von denen ihnen Hilfe kommt. Eine erwerbslose Grenzen Phrasen ohne Ende; papierne Resolutionen, Wahlpropaganda, große Affenkomödie. Der Geist des Reformismus wie er leibt und lebt. Der Referent gab sich alle Mühe, die Lage der Gesamtsituation zu verwischen, die Forderungen des Tages zu umgehen, den Karren auf das tote Geleise zu schieben. Parlament und Gewerkschaften war für ihn Trumpf. Zwischenrufe („Aktion! Organisch! Diktatur!") beantwortete der Sendling: „Die Masse ist nicht reif, es fehlt die Organisation, die politischen Arbeiterräte schweben in der Luft, wir haben schon Räte genug, die Parole verwirrt die Arbeiterschaft. In den Gewerkschaften müsse gearbeitet werden. Dort wohnen die Massen zur Revolution erzogen werden, dort sei praktische Arbeit zu leisten, die bekannten Resolutionen müßten durchgesetzt und im Parlament und Stadtrat vertreten werden, mit Hilfe der Gewerkschaften.

Kurz das alte Lied, mit dem die Arbeitslosen, die im Feuer der Not zu harten revolutionären Bewußtsein geläutert worden sind, wieder eingeweicht und in den Sumpf gezogen werden sollen.

Der politische Arbeiterrat der Erwerbslosen Karlsruhe sendet diesem Verräterkongreßgruß einen Aufruf entgegen, in dem es heißt:

Arbeitslose! Genossen!

Es ist eine Narrheit, durch Verhandlungen in Parlamenten und Stadträten Politisch erreichen zu wollen, durch Abessen von Resolutionen oder Demonstrationen zu den Stadträten.

Die Lösung der Erwerbslosenfrage steht heute die Machtfrage auf. Nur die Diktatur, die Uebernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht kann die schlimmste Verelendung von den Arbeitern fernhalten. Die Parole heißt: Faust auf Auge, Auge auf die Faust.

Und die Zeit drängt, das Kapital rüstet und bereitet zur Entscheidung.

Proletarier, auf Arbeitslose! Bildet politische Arbeiterräte! Der politische Arbeiterrat der Erwerbslosen Karlsruhe.

Schluß der Reichsliebe.

Man schreibt uns: Die eigenartigen Leistungen- und Verwaltungsgepflogenheiten, die bei Eipo und Reichswehr herrschen, insbesondere gegen revolutionäre Proletarier zur Anwendung gelangen und in Prügel gewissermaßen auch (angeblich nur bei Minderjährigen) in einer entsprechenden Dosis Pulver und Blei bestehen, erfreuen sich natürlicherweise ihres Erfolges wegen großer Beliebtheit bei der — KAPD.

In einer auf Freitag, den 4. Februar, in Bockers Festsälen stattgehabten Mitgliederversammlung der KAPD., sprach nach dem Referat der KAPD.-Genosse B., um den Standpunkt der KAPD. zum Parlamentarismus darzulegen. Die ruhigen, durchaus sachlichen Ausführungen dieses Genossen, wurden mit Interesse und ruhig von den Versammelten angehört, bis — es dem Besitzer am Vorstandstisch einfiel, den Vorsitzenden der Versammlung nicht achtend, durch Klopfzeichen den Diskutanten zum Schweigen aufzufordern und seiner Ueberzeugung, daß der Redner von der Versammlung nicht gehört werden wolle, Ausdruck zu geben. Genosse B. gab seiner Verwunderung Ausdruck über eine derartige Vorsitzführungsmethode und stellte fest, daß bisher aus der Versammlung noch nicht ein Ton des Unwillens ob seiner Ausführungen zu hören war. . . . Ein anderer, dieser Versammlung beiwohnender Genosse, beschäftigte diese Feststellung durch den Zwischenruf „Sehr richtig!" Kaum war dieses „Sehr richtig!" dem Munde entflohen, als auch schon fünf „Klassenkämpfer" der KAPD. den Zwischenrufer zu packen kriegten und mit Fäusten und sonstigen „Liebkosungen" aus dem Saale hinauswarfen. — Damit aber nicht genug, wurden zuvorkommlich auch alle diejenigen, die gegen ein derartiges Vorgehen protestierten, ebenfalls hinausgeleitet. Natürlich, ob KAPD., USP. oder AAU.-Mitglied oder unparteiischer Versammlungsbesucher, wurde jeder, der zu machen wagte, hinausgeflogen. — Jene „Helden" und „Eipo-Prahanis" der KAPD. scherten nicht, auch mit Schlagringen bewaffnet, diese „Säuberungsaktion" mehr Nachdruck zu verleihen, was ein Loch im Kopfe eines USP.-Genossen illustriert, während ein Versammlungsteilnehmer P. per Drosche fortgeschafft werden mußte, da er infolge der Mißhandlungen nicht mehr selbständig gehen konnte. — Auch Frauen zogen dabei nicht etwa ausgenommen, beileibe nicht. Wozu kämpft man denn sonst um „Gleichberechtigung" der Frauen. So wurde denn auch eine Genossin B. von zwei handfesten „Kampfgen" einfach die Stufen hinuntergeworfen und so „unschädlich" gemacht.

Im Verlaufe dieser „Säuberungsaktion" erklärten einige der anwesenden KAPD.-Anhänger, es müsse so, das alles sei schon vorher gut organisiert worden. —

Letzte Nachricht.

Bayern trifft die Entscheidung.

Am Sonnabend (5. 2.) hat in Berlin eine Zusammenkunft des Kabinetts Hehrenbach mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder stattgefunden. Unter Hinzuziehung von Sachverständigen, Bevollmächtigten. Die Presse läßt von der Tagung nichts verlauten. Gegenstand der Tagung: die Forderungen von Paris. v. Kahr aus München erklärte, daß Bayern sich nicht entwaffnen lasse, weder gutwillig noch durch Gewalt. „Das bayerische Volk sei einig, es finden Kundgebungen statt." Bayern lehne auch ab, über die Wiedergutmachungsforderungen zu sprechen. Einige Teilnehmer versuchten, v. Kahr zu „deutscher Einigkeit", Notwendigkeit gemeinsamer Entschlüsse, zu erinnern. v. Kahr erwiderte, daß er Sonnabend nachts zurückreisen und innerhalb 48 Stunden von München aus seine Antwort geben werde.

v. Scott erklärte, daß Polen die Soldaten der jüngeren Jahrgänge mit Waffen und Ausrüstung nach Hause entlasse und ältere Jahrgänge zu Eilausbildung einberufe. Durch polnische und französische Offiziere. Ganz Polen schlagfertig, daher Entwaffnung deutscher Orgeschwehren im Osten abzulehnen.

Ueber Wiedergutmachungsforderung wurde nicht mehr verhandelt, man hofft, daß diese Frage gänzlich auf einer durch neue Ereignisse bedingten Basis erledigt werde.

v. Kahr hat zur Einleitung bayerischer Entscheidung Sonntag in München Straßenkundgebungen veranstalten lassen. Bayerischer Ministerrat tagt Montag 7. 2. seit mittags. Bis abends 7 Uhr keine Entscheidung gefallen.

Aus Groß-Berlin

Zum Parteitag.

Anträge des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin: 1. Zur Agrarfrage. Der Parteitag möge beschließen, daß die Agrarfrage ausführlich im Programm dargelegt werden soll. Als Material dazu werden folgende Richtlinien überwiesen:

Enteignung des Großgrundbesitzes, Bewirtschaftung nach dem Rätesystem.
Beseitigung der Junker und Pfaffen.
Verbot jeglicher Lohnarbeit bei Kleinbauern.
Zusammenschluß der Kleinbauern in Produktiv-Genossenschaften.

2. Zur Frage: Partei und AAU.: Der Austritt aus den Gewerkschaften ist für die Mitglieder der KAPD. obligatorisch.

Erklärung.

Wir erklären, daß das Mitglied der KAPD. Franz Pfemfert, als verantwortlicher Redakteur der „Aktion" in Artikeln, die das Verhältnis der KAPD. zur 3. Internationale behandeln, sich leichtfertiger Verleumdung und Ehrabschneiderei schuldig macht. Wir erwarten, daß er wegen dieser Anschuldigung ein Parteigericht anrufen wird.

Die Redaktion.

Wie lange noch? In ihrer Ausgabe vom Freitag abend versucht die „Rote Fahne", uns einen gewissen Hach als KAPD.-Mann und Arbeitslosenführer anzuhängen, obwohl ihr sehr wohl bewußt sein muß, daß wir diesen Lumpen und entlarvten Spitzel längst abgestoßen haben. Steht es so schlecht um die verächtlichen Schriftsteller der „Roten Fahne", daß sie uns nicht anders als durch derartige unsinnige Machenschaften glauben beikämpfen zu müssen? Ein Wort mehr noch über die Sache zu verlieren, hieße und der Raum unseres Blattes zu schade.

Mitteilungen

18. Bezirk. Freitag, den 11. Februar 1921, in den bekannten Lokalen Versammlung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt.

Eine Flugschrift gegen den Wahlschwindel.

Die Genossen der KAPD. müssen, um der Wirtschaftskampf ihnen dazu Zeit läßt, eingreifen in den sogen. Wahlkampf. Sie müssen ihn propagandistisch ausnützen, um die Proletarier aller Parteien aufzuklären über den konterrevolutionären Betrug des Parlamentarismus und alles parlamentarischen Parteiwesens. Dazu kann ihnen eine Flugschrift gute Dienste leisten, die unter dem Titel „Wahlkampf oder Klassenkampf" von der KAPD. Groß-Berlin herausgegeben wurde.

Bestellungen an den Verlag.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin.
Druck und Verlag der S. A. B. V. P., Berlin.

Versammlungs-Kalender der K. A. J. Groß-Berlin

Norden.

Wedding: Berufsschule Seestraße. Mittwoch und Freitag 7 Uhr.
Moabit: Lokal Lemandowski, Perleberger Straße 4. Jeden Mittwoch 7 Uhr.
Pankow-Niederschönhausen: Lokal Bruno Schmidt, Geschäftsstr. 42. Jeden Mittwoch 7 Uhr.
Weißensee: Schule Wilhelmstr. 43, 2 Tr. Dienstag, Freitag und Sonntag 7 Uhr.

Westen.

Charlottenburg: Jugendheim, Wallstr. 76. Mittwoch und Sonntag 7 Uhr.
Wilmersdorf: Mittelschule, Berlinerstr. 157. Dienstag und Freitag 7 Uhr.
Spandau: Schützenhaus, Neuendorferstr. 23/27. Dienstag und Freitag 7 Uhr.

Osten.

Ostkreis-Lichtenberg: Jugendheim Lichtenberg, Gärtnerstr. 25, Gartenstr. rechts. Jeden Dienstag und Sonntag. — Lokal Hoffmann, Gubenerstr. 5, jeden Donnerstag.
Köpenick: Lokal Duding, Kais.-Aug.-Viktoriastraße 6. Jeden Dienstag 7 Uhr.
Bohnsdorf: Jugendheim, Parkdeichstraße 14. Jeden Mittwoch 7 Uhr.

Kommunistische Arbeiter-Jugend.
Bezirk Groß-Berlin.

Proletarisches Theater

Bühne der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins

Am 10. Februar, abends 7 Uhr, Oberschneide, Müller-Säle
Am 11. Februar, abends 7 Uhr, Spandau, Seitz-Säle
Am 12. Februar, abends 7 Uhr, Lichtenberg, Schulaula, Marktstraße 9
Am 13. Februar, nachmittags 2½ Uhr, Volks-Theater, Badstraße 59
Am 13. Februar, abends 8 Uhr, Hasenheide 13, Riesen-Festsäle

Oeffentliche Kundgebung!

„Wie lange noch – bürgerliche Gerechtigkeit?"

Ansprache, Rezitation, Aufführung des Stücks „Wie lange noch" von Franz Jung

Karten 4 M. Arbeitslose 1 M., Mitglieder des Proletarischen Theaters Eintritt gegen für Februar gelöste Marke. (Marken auch an der Kasse.)

Beginn: Für Aufführung revolutionärer Stücke.

Nr. 170.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint regelmäßig wöchentlich. — Preis in Berlin 60 Pfg. pro Woche. — Bei Bestellung durch die Post: Deutschland und Danzig 2,50 Mk. pro Monat. — Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 40 02.

Redaktion u. Expedition: Berlin N. 37, Zehrdenkinerstr. 37
Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Anzeigen nach amtlicher Preis-Liste (Grundzahl 4,20 Mark pro Zeile). Für Zeit- und Ortsanzeigen, sowie für Anzeigen unter Stellenangebot und -gesuch 2,10 Mark pro Zeile. Für Anzeigen aus Berlin 1,05 Mark pro Zeile.

KAPD. und Union.

Es gibt Fanatiker in der KAPD. und Fanatiker in der Union. Beide sind oft die besten Genossen. Beide sind ganz und gar von dem Gedanken durchdrungen, daß die Entwicklung des Proletariats das eigentliche Problem der Revolution ist. Jeder erkennt die Notwendigkeit der anderen Organisation an. Aber mit einer Art hitziger Eifersucht versucht jeder die „primäre" Rolle seiner" Organisation klarzulegen.

Dabei ist es erklärlich, daß bei einer die Betonung liegt auf das einzige Verschwinden aller Parteien und der andere erklärt: „die Partei ist das Haupt, demgegenüber haben alle andern Organisationsgebilde nur sekundäre Bedeutung und folglich steht die Frage der Einheitsorganisation heute und morgen noch nicht auf der Tagesordnung."

Erklärlich ist auch, daß bei der Abwehr von Parteibekenntnis oder umgekehrt von Bekennern einer Parteibiktatur über die BO. oft die äußerste Schärfe in einer gewissen Einseitigkeit hervortritt. Aber davon abgesehen, muß allgemein gesagt werden: Eifersucht ist kein guter Berater und auf die Dauer führt sie zu einer „Enge" der Auffassung, die sich notwendig an ihren Urhebern rächt.

Was ist das Wesentliche der Allgemeinen Arbeiter-Union?

Sie ist Betriebsorganisation, Klassenorganisation. Anfang der Räteorganisation: Bestimmung, tendenziell rein proletarischen Ausdrucksform, die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung, insbesondere auch dem Siege des Proletariats, im Einklang mit dem Produktionsprozeß herausbilden wird.

In ihr wächst organisch das Proletariat als Klasse zusammen. Die Union ist keine Klassenkampforganisation, sie kämpft wirtschaftlich und politisch zugleich.

Sie kämpft für die Vereinigung aller Arbeiter in den Betriebsorganisationen. Sie kämpft mit größter Energie für revolutionäre Räte (Aktionsausschüsse) und deren Zusammenfassung. Sie sieht ihr Ziel in der Einheitsorganisation, in der Einheit der Räteorganisation, im Zusammenschluß von wirtschaftlichen und politischen Räten, von Produktion und Politik.

Sie muß dieses Ziel propagieren, denn es entspringt notwendig ihrem Wesen, wie aus einer Baumwurzel der Stamm und die Blütenkrone hervorgeben müssen.

Und die Propaganda dieses Zieles kann sie nicht auf Abermonaten oder Jahrzehnten verschieben. Sondern sei die Union als lebendige Tatsache da ist, ist diese Propaganda geradezu ihre Atmung, ohne die sie nicht existieren kann.

Aus dem Charakter der Union ergibt sich weiter, daß sie stärkste Gegnerin aller Parteipolit sein muß. Wobei unter Parteipolitik jede Art parlamentarischer Politik (im weiteren Sinne) zu verstehen ist.

Der Union in ihrer Entwicklung freilich droht die fünfdige Gefahr während flauer Perioden in der Revolution aber auch in und nach Aktionen durch Ueberfüllung mit guten Kämpfern aber unklaren Köpfen zur sogenannten „Kleinarbeit", „praktischen" Arbeit und wie all die schönen Worte heißen, gedrängt zu werden und damit in hohem Grade dem Opportunismus zu verfallen.

Eine zweite Gefahr, die aus den gleichen Ursachen folgt, ist die Bildung politischer Fraktionen in der Union, aber die egoistische Verselbständigung einzelner Bezirke, Orte, Betriebe, Gruppen. Statt des Rätesystems einen ganzen Sack voll kleiner und Feinster Zentralen, die aufeinander losbauen. Also Auflösung oder im Ernstfall — Kampfunfähigkeit.

Eine dritte Gefahr ist die Neigung zum Aktionismus. Sie hat ihr immer bereites Tischlein Pat dich einmal in Schnelligkeit der Revolution, die wenig Zeit läßt, aus der instinktiv richtigen Handlung zur vollen verstandesmäßigen Durchdringung zu gelangen; und zweitens in der Qual der Revolution. Diese Qual kürzt eine Falsche morgana, die gewiß das Spiegelbild einer Wirklichkeit ist, aber einer noch weit hinter ihr liegenden, bereits selbst als Wirklichkeit vor.

Was ist nun die KAPD. im Wesentlichen?

Zunächst ist sie keine Partei. (Der Sinn ist nichts zur Sache.)

Eine Partei im alten Sinne muß eine „parlamentarische" sein.

Die „Partei" ist ursprünglich nichts weiter als ein Mund, durch den der Klassenfaust des Proletariats hinausgeellt, wurde in dem Augenblick, als er „parlamentarisch" wurde, zu einer alten Partei. Umgekehrt: In dem Augenblick, wo der alte Parteigedanke wieder aufwuchte, erfolgte Ruck für Ruck und in einer schnellerten Folge die Hinwendung zu jeder Art parlamentarischer Tätigkeit.

Die KAPD. ist ganz und gar ein Kind der Revolution, und zwar der proletarisch bewußten Revolution.

Sie ist eine rein politische Organisation. Sie ist keine Räteorganisation. Sie kann es nicht sein, denn Räteorganisation muß im Zusammenhang mit dem Produktionsprozeß stehen.

Sie kann nur in ihrem Organisationsaufbau einen Teil des Rätewesens verwirklichen, soweit es rätsächlich Anweisung des Kadavergentralismus bedeutet und allmählich im Prozeß der Geschichte erfolgende Verselbständigung jedes einzelnen.

Sie muß die Mitte halten zwischen sogenannter Diktatur und der Autonomie für jeden einzelnen.

Sie ist wohl bezirksweise aufgebaut, entsprechend dem unendlichen „zufälligen" Entstehen des der Räte nützen Wollens.

Sie spricht und muß aussprechen in jedem Augenblick den äußersten, letzten und höchsten Ziel.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Was geht vor?

Die Gefahr der Stunde wächst.

Zwischen München und Berlin gehen unheimliche Dinge vor. Die Arbeiterschaft muß auf alles gefaßt sein.

Das Reichskabinett hatte an die bayerische Regierung 4 Anfragen gestellt. Ueber die Entwaffnungsfrage und über Vorbehalte für den Fall außenpolitischer Verwicklungen. So sagt eine Meldung aus München vom 8. d. M. Genaueres ist nicht festzustellen.

Die bayerische Regierung veröffentlicht eine amtliche Mitteilung vom 9. d. M. mit folgendem Wortlaut:

Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. Februar gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl im Ministerrat wie im Schoß der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen steht für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Note der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Beibehaltung für Bayern nach wie vor nach der Ueberzeugung maßgebender Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bildet. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals außer acht gelassen, sondern sie aus ihrem Standpunkt in dieser Frage erörtert und die heute unverändert festgestellt haben. Auch bei der neuerlichen Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und bei den bisherigen Beratungen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge für den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage nicht umgestoßen werden kann, und daß die gleichen Gründe, die von Anfang an ihn notwendig machten, ungeschwächt weiterbestehen. Die Einheit des Reiches sind für alle Beteiligten dabei außer Frage. Einem separatistischen Gedanken ist während der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur einen Augenblick Raum gewährt worden. Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird Donnerstag vormittag erfolgen.

Die bürgerlichen Zeitungen vom 10. d. M. tun so, als wüßten sie nicht, was sie daraus machen sollten. Die „Deutsche Zeitung" triumphiert: „Bayern bleibt fest".

Der „Lokalanzeiger" behauptet: „Festes Einvernehmen zwischen München und Berlin", ohne zu erklären warum und wieso. Die „Berliner Volkszeitung" fragt, ob Bayern denn nun entwaffnet wolle oder nicht. Es ist eine Lage wie im Juli 1914: Man sucht den Verhandlungspartner durch festes Auftreten zu klassen. Aber die Bourgeoisie ist in sich selbst nicht geschlossen. Die einen sind fest entschlossen, nachzugeben, die andern ebenso entschlossen, den Bluff zum Ernst werden zu lassen. Genau dasselbe Spiel treibt die französische und englische Bourgeoisie. Wie das Spiel auch ausfällt, die Kosten müßt Ihr bezahlen, Proletarier! Die Kosten einer Einigung trägt Ihr, die Kosten einer gewaltsamen Lösung trägt Ihr ebenfalls.

Eure Parteien sind zur Freude der Bourgeoisie mit dem Wahlkampf beschäftigt. Die „revolutionäre" Massenpartei, die KAPD. ruft Euch nicht auf zur Entwaffnung der Konterrevolution, sie wälzt die Verantwortung dafür ab auf Abhängige und Unabhängige.

Proletarier!

Die Gefahr, daß die gesamte Arbeiterklasse das Opfer wird, auf dessen Kosten die internationale Bourgeoisie sich einigt,

Die Gefahr, daß die bewaffnete Konterrevolution die Arbeiterklasse zu neuen kriegerischen Abenteuern verpflichtet,

beide Gefahren können nur durch die revolutionäre Initiative des Proletariats gebannt werden.

Die Konterrevolution kann nur durch das Proletariat entwaffnet werden.

Der unbewaffnete Klassenkampfwille der internationalen Bourgeoisie, die um ihre Existenz kämpft, kann nur durch den revolutionären Klassenkampfwillen des Proletariats gebrochen werden.

Der Teil des internationalen Proletariats, den die historische Notwendigkeit in dieser Stunde diese Aufgabe zuweist, ist das deutsche Proletariat.

Proletarier!

Begreift Ihr endlich, daß die Stunde der Tat vor Euch steht?

Seht Ihr nicht in den hungernden und verkommenden Arbeitslosen Euer alles drohendes Schicksal?

Seid Ihr bereit, den unvermeidlichen Kampf zu eröffnen und mit allen Mitteln durchzuführen?

Ihr seid noch nicht bereit.

Ihr kümmert Euch noch um den Wahlkampf und die Besetzung der Gewerkschaftsposten.

Ihr habt die gemeinsame Front mit den Arbeitslosen noch immer nicht geschaffen.

Ihr habt die Männer aus Euern Reihen noch immer nicht bestimmt, denen Ihr in der Stunde des Kampfes vertrauen könnt.

Ihr wißt noch immer nicht, mit welchen Mitteln Ihr die bewaffnete Konterrevolution überwältigen könnt.

Glaubt Ihr denn, die Bourgeoisie wird Euch noch lange Zeit lassen? Die Stunde des Kampfes naht mit rasender Geschwindigkeit.

Sorgt für die Mittel zu Eurem Kampf. Geht hin, in dieser Stunde noch, in alle Betriebe und bestellt revolutionäre Aktionsausschüsse und Genossen, die gewillt und fähig sind, den Parteihader zu vergessen und alle revolutionären Kräfte zum Kampf zusammenzufassen. Schließt Euch zusammen mit den Arbeitslosen!

Seid jede Stunde wachsam und bereit!